

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

04/2018

April 2018

Die Realität des deutschen Imperialismus: Verstärkung der Faschisierung, Verstärkung des Militarismus

Ohne große Gegenwehr und weitab vom offiziellen politischen Geplänkel und von Ablenkungsdebatten der Parteien des deutschen Imperialismus verschärfen sich die imperialistische Politik nach außen und die politische Faschisierung nach innen. Es macht keinen Sinn, über Koalitionsvertrag und Pseudo-Opposition von Grünen und der Partei „Die Linke“ genauer zu berichten, da es lediglich darum geht, von den entscheidenden Fragen abzulenken. Klarheit über die realen Verschärfungen nach außen und innen ist wichtig, um hierzulande – im engsten Bündnis mit allen revolutionären Kräften weltweit – den Kampf für die Zerschlagung und Vernichtung des deutschen Imperialismus in den nächsten Jahren und Jahrzehnten voranbringen zu können.

An mehreren Fronten verschärft der deutsche Imperialismus die Verhältnisse. Das zeigt schon ein eher exemplarischer Überblick.

Der Terror gegen Refugees wird weiter verschärft

Flächendeckend wird aktuell die Möglichkeit für Refugees, nach Deutschland zu gelangen, ganz massiv eingeschränkt und verhindert. Das geschieht nicht nur und nicht vor allem direkt an den Grenzen Deutschlands, sondern weit davor. Nach dem Abkommen mit der Türkei arbeiten die Sachwalter des deutschen Imperialismus daran, durch Abkommen, militärische und finanzielle „Zusammenarbeit“ mit Libyen, Niger, Tschad und anderen Staaten die Fluchtwege über Nordafrika komplett dicht zu machen, um – über die „eigene“ polizeilich-militärische Flüchtlingsabwehr wie Frontex hinaus – „einen doppelten militärischen Abschirmring gegen Refugees zu installieren“ (Pro Asyl).⁽¹⁾ Mit Millionen von Euro wird z. B. die libysche Küstenwache ausgerüstet, damit diese die Refugees gewaltsam zurück hält. Ein aktueller UN-Be-

richt hat aufgezeigt, was dies in Libyen für die Zurückgehaltenen bedeutet: Tausende Männer, Frauen und Kinder werden unter entsetzlichen Bedingungen von bewaffneten Kräften in Internierungslagern und Gefängnissen eingesperrt, wo sie hungern, gefoltert und vor allem Frauen missbraucht werden.⁽²⁾

Auch die Brutalität der Maßnahmen gegen Refugees, die bereits in Deutschland sind, nimmt zu. Refugees sollen von der Ankunft bis zur „Rückführung“ in großen Abschiebezentren zusammengepfercht werden. Abschiebelager mit der absurden und verharmlosenden Bezeichnung „ANKER“ („R“ für Rückführung) sollen errichtet werden. „Vorbild“ sind die „Transitzentren“, wie sie bereits in Bamberg, Manching bei Ingolstadt und Heidelberg bestehen.

Im „Transitzentrum“ in Bamberg sind 1.200 Refugees hinter Stacheldraht in einer ehemaligen Kaserne zusammengepfercht. In einer Wohnung leben bis zu 20 Menschen, je vier bis sechs pro Zimmer. Die Refugees dürfen nicht arbeiten. Kinder haben keinen Zugang zu regulären Schulen. Es gibt keine Privatsphäre.

Informationen über Kämpfe in Deutschland und weltweit

Deutschland

Am 20. Januar 2018 startete das reaktionäre türkische Regime einen militärischen Überfall auf Afrin (Syrien), um die demokratischen und revolutionären kurdischen Kräfte in dieser Region zu vernichten. Gegen diese Militärintervention gab es **von demokratischen kurdischen Kräften in vielen Städten Demonstrationen und Kundgebungen** trotz Verboten und Repression durch den deutschen Staat. Wichtige Demonstrationen waren: am 27.1.2018 demonstrierten 20.000 in Köln, am 4.3.2018 demonstrierten in Berlin bis zu 20.000. In vielen anderen Städten gab es dutzende Demonstrationen und Kundgebungen. Am 17.3.2018 fand in Hamburg eine Demonstration **gegen die Verstärkung der Faschisierung nach dem G20-Gipfel** statt. Trotz eines massiven Polizeiaufgebots mit umfassenden Kontrollen beteiligten sich über 2000 Demonstrantinnen und Demonstranten. In Redebeiträgen wurde zur Solidarität mit den demokratischen Kräften in Afrin (Syrien) aufgerufen. Am 14.4.2018 demonstrierten mehrere tausend Antinazisten und Antinazistinnen in Dortmund **gegen einen Nazi-Aufmarsch** von ca. 600 Nazis, der von mehreren tausend Polizisten mit Wasserwerfern und Räumpanzern geschützt wurde. Der Nazi-Aufmarsch konnte zwar nicht verhindert werden, wurde aber immer wieder gestört, u.a. durch Blockaden und auch durch militante Angriffe gegen den Nazi-Aufmarsch. Über 200.000 Kolleginnen und Kollegen, die bei verdi organisiert sind, haben Ende März und Anfang April 2018 eine Fülle von **Warnstreiks** durchgeführt im Kampf um Lohnerhöhungen, die bis zu 24 Stunden andauerten. Es wurden u.a. auch Flughäfen bestreikt, wie in Frankfurt, München, Düsseldorf oder Köln, was dort zeitweise zu massiven Behinderungen führte. Die Führung von verdi hat die Kämpfe dann mit Hilfe eines Tarifabschlusses am 18.4.2018 abgewürgt.

In anderen Ländern weltweit gab es allerdings viel weitergehende Kämpfe.

Frankreich

20.000 Beschäftigte der Lebensmittelkette Carrefour streiken gegen Massenentlassungen

20.000 Beschäftigte der Lebensmittelkette Carrefour legten an einem der umsatzstärksten Tage in Frankreich, dem Ostersonntag 2018, die Arbeit

nieder. Sie protestierten damit gegen die angekündigte Entlassung von 2.400 Beschäftigten, Lohnkürzungen und Schließung von 273 Filialen. Insgesamt blieben 450 Niederlassungen geschlossen. Bereits im Oktober hatten auf Korsika Beschäftigte fünf Tage gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne gestreikt.

Iran

Die Arbeiter und Arbeiterinnen einer **Zuckerfabrik in Shush** sind bereits im Sommer 2017 mehrfach in den Streik getreten. Sie begannen einen erneuten Streik am 2.12.2017. Hintergrund ist, dass ihnen bereits seit 4 Monaten keine Löhne ausgezahlt worden sind. Außerdem forderten die Streikenden, dass ihre selbstorganisierte Gewerkschaft anerkannt wird. Die Streikenden versuchten auch das Werk zu besetzen. Unterstützt wurde der Streik von Solidaritätsdemonstrationen. Am 23.2.2018 erhielten die „festangestellten“ Arbeiter und Arbeiterinnen endlich ihre Löhne bis einschließlich Januar 2018 nachgezahlt. Offen ist weiterhin, ob die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen ihre Löhne erhalten werden. Auch verweigert der Kapitalist weiterhin die Verhandlungen mit der Gewerkschaft.

Seit Ende Januar 2018 kämpfen 4.000 **Stahlarbeiter und Stahlarbeiterinnen in Ahvaz** für ihren ausstehenden Lohn. Anfang März wurden 10 Streikende in ihren Wohnungen überfallen und festgenommen. Die Belegschaft forderte in einem Demonstrationzug durch Ahvaz die sofortige Freilassung. Der iranische Staat stellt die Protest und Streiks als eine von Israel und den USA gesteuerte Aktion dar.

Griechenland

Am 12. Januar kam es zu einem **landesweiten Generalstreik** in Griechenland. Der Streik richtete sich gegen die massive Einschränkung des Streikrechts. Ein entsprechendes Gesetz sollte am 15.1.2018 verabschiedet werden. Künftig dürfen Streiks nur noch stattfinden, wenn 51 % der regelmäßig zahlenden Gewerkschaftsmitglieder für einen Streik stimmen. Die Streikenden versuchten das Finanzministerium zu stürmen, was ihnen aber leider nicht gelang. Bereits am 10.1. war es Demonstranten aber gelungen, das Arbeitsministerium zu stürmen. Das Gesetz wurde am 15.1. dennoch verabschiedet. Während der Debatte im Parlament griffen Demonstranten und Demonstrantinnen das Parlamentsgebäude mit Farbbeuteln, Steinen und Leuchtmunition an. Das Gesetz konnte nur mit den Stimmen der Syriza verabschiedet werden, die gemeinsam mit „Die Linke“ in Mitglied

Wachmänner brüllen herum, stoßen Türen auf, ohne zu klopfen. In Bamberg ist die Erweiterung auf 3.400 Refugees geplant.

Alles ist ausgerichtet auf die angestrebte Abschiebung der allermeisten Refugees. Vor einem Jahr wurde das „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ beschlossen. Dieses erlaubt es den Bundesländern, Refugees nicht mehr nur sechs Monaten, sondern bis zu zwei Jahre in riesigen Aufnahmelagern festzuhalten⁽³⁾.

Der Familiennachzug wird weitgehend verunmöglicht und die Gesamtsituation der Refugees verschlechtert. Der Widerstand der Refugees wird kriminalisiert und polizeistaatlich bekämpft. Die Politik der Abschiebung wird verschärft. „Sammelabschiebungen“ erfolgen nach Afghanistan. In einem fort werden insbesondere auch Tausende Roma in „Sammelabschiebungen“ nach Serbien, Mazedonien, Bosnien, Kosovo, Albanien deportiert, wo es für sie nichts gibt als Diskriminierung, Verfolgung und Elend. Selbst Schülerinnen und Schüler werden aus dem Unterricht heraus verhaftet. Proteste dagegen werden mit Brachialstrafen verfolgt und mit „Öffentlichkeitsfahndung“ kriminalisiert, so in Nürnberg nach den Protesten Ende Mai 2017 in einer Berufsschule gegen die Abschiebung eines Schülers nach Afghanistan.

Nationalistisch-rassistische Hetze

Der deutsche Nationalismus breitet sich weiter aus, wird gezielt als reaktionäres Instrument eingesetzt. Schlaglichtartig wurde dies deutlich, als in Essen bedürftige Menschen sogar von Hilfsmaßnahmen wie der „Tafel“ (was für ein Ausdruck) ausgeschlossen wurden, wenn sie Refugees und generell „Nicht-Deutsche“ sind. Im Jargon der Nazis lieferte der Leiter der Einrichtung Jörg Sartor (SPD-Mitglied) Begründungen dafür: Er sprach von einem „Nehmer-Gen“ bei Syrern und Russen. Die Gruppe der Refugees verglich er rassistisch mit Tieren: „Das ist ein Rudel“.⁽⁴⁾ Bezeichnend, ja erschreckend ist, wie wenig Proteste es dagegen gab.

Die Islamfeindschaft wird in christlich-deutscher Überheblichkeit zelebriert. Allen Ernstes wird von einem christlich-jüdischen Abendland fabuliert, so als käme Jesus aus Wetzlar oder Passau und als hätte es die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung nicht gegeben. Nicht nur AFD-Parolen werden und sind Teil eines obskuren „Heimat“begriffs, der

auch gleich mit einem „Heimatministerium“ staatlich institutionalisiert wird.

Der widerliche deutsche Nationalismus steht eindeutig im Mittelpunkt von einer Art Gesamtpaket, wie der deutsche Imperialismus mit großer Energie in mancherlei Hinsicht eine Art Kampagne zurück zu den 50er Jahren führt.

Die Nazis verschiedener Spielart, die in Gestalt der AFD im Bundestag und verschiedenen Landesparlamenten sitzen, vor allem aber öffentlich und im Alltag muslimfeindliche, rassistische und jüdenfeindliche Hetze betreiben und Nazi-Terror gegen alle „Nichtdeutschen“ ausüben, sind ein von den Herrschenden inkalkulierter, fest verankerter Bestandteil des Vormarschs des deutschen Imperialismus. Nazi Aufmärsche werden von der Polizei geschützt. AFD-Nazis können in Talkshows, im „gepflegten Gespräch“ mit Sahra Wagenknecht und anderen, millionenfach ihre nationalistisch-rassistische Hetze verbreiten. Das gehört zur „Normalität“ deutscher Zustände heute.

Staatliche Faschisierung

Während deutsche Panzer vom türkischen Militär gegen den kurdischen Befreiungskampf in Syrien eingesetzt werden, verschärfen sich auch die polizeistaatlichen Maßnahmen gegen kurdische Organisationen und Zeitungen in Deutschland. Immer wieder gibt es Razzien, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Publikationen. Demonstrationen werden zensiert (Verbot kurdischer Symbole), schikaniert und verboten. Aktivistinnen und Aktivisten aus der Türkei werden monate-, ja sogar jahrelang in deutschen Gefängnissen inhaftiert.

Der deutsche Imperialismus hat seine Niederlage in Hamburg im Juni 2017 beim G20-Gipfel nicht vergessen, als er sich bei der Niederschlagung von Protesten weltweit blamiert hatte. Eine groß angelegte „Öffentlichkeitsfahndung“ auf Plakaten und im Internet wurde gestartet. Aktivistinnen und Aktivisten werden bis heute mit absurden Gerichtsprozessen verfolgt und zu horrenden Strafen verurteilt (so ein Urteil über 2 Jahre und 7 Monate!). Die Soko „Schwarzer Block“ führt nach ihren eigenen Angaben derzeit über 3.000 Ermittlungsverfahren durch. Angeklagte in G20-Verfahren werden unabhängig vom Ausgang des Strafverfahrens ausgewiesen und mit einer fünfjährigen Einreiseperrre ins Schengen-Gebiet belegt.⁽⁵⁾ Die Internetplattform „indymedia.

Inhaltsübersicht

I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland

II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht

III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie

IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution

V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

Der Kampf für die sozialistische Revolution und für den Kommunismus ist die Hauptsache

Zur Diskussion gestellt

Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus

Im Kampf für den Kommunismus (Band 2)



Kostenloses Leseexemplar ist zu bestellen bei:

Literaturvertrieb Georgi Dimitroff,
Postfach 102051, D-63020 Offenbach
a.M., info@litvertriebdimitroff.de

Als PDF zum herunterladen:

www.gegendiestroemung.org

linksunten“ wurde wegen unliebsamer aufklärerischer Berichterstattung zu G20 verboten. Systematisch wird die Überwachung linker Zentren des Widerstands verschärft. Kampagnen werden gestartet, um polizeistaatlich gegen linke Zentren vorzugehen und sie zu schließen. Linke Demonstrationen werden mit Polizei-Videos total observiert und gespeichert.

Bundesweite Signalwirkung soll offenbar das geplante bayerische Polizeigesetz haben. Dieses tritt minimale bürgerlich-demokratische Maßstäbe krass mit Füßen. Zum Beispiel darf die Polizei bei „drohender Gefahr“ ohne jeglichen Verdacht auf konkrete Straftaten ermitteln und Polizisten wird es erleichtert, mit Handgranaten zu agieren.⁽⁶⁾

Dazu gehören auch frauenfeindliche Maßnahmen und Einschüchterungskampagnen, um die Möglichkeiten der Information über Abtreibungen weiterhin zu kriminalisieren und einzuschränken.

Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg

Nach außen werden im raschen Tempo Waffendeals und die Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr in den

verschiedenen Erdteilen durchgezogen. Die türkische Armee wird weiterhin mit deutschen Waffen aufgerüstet, insbesondere gegen die kurdische Bevölkerung. Im Irak wird der Bundeswehr-Einsatz zur „Ausbildung“ der irakischen Armee nun auf das ganze Land ausgeweitet ⁽⁷⁾ – die Liste ließe sich fortsetzen.

Begleitet von verlogenen Kampagnen über angeblich kaum einsatzfähige Panzer und Bomber wird in einer umfassenden Aufrüstungsoffensive der „Umbau“ der Bundeswehr für groß angelegte imperialistische Kriege vorangetrieben. Gemäß dem „künftigen Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“ („Bühler-Papier“) soll die Bundeswehr bis 2026 in der Lage sein, jederzeit drei schwere Divisionen mit einem Gesamtumfang von 60.000 Soldaten ins Gefecht zu führen. Die Artilleriebataillone sollen von 3 auf 14 aufgestockt werden.⁽⁸⁾

Das deutsche Militärpotential wird insbesondere auch verstärkt, indem Truppen anderer Staaten in die Bundeswehr „integriert“ werden. Die Niederlande haben bereits seit längerem zwei Drittel ihre Heeresverbände deutschem Kommando unterstellt. Im Februar 2017 wurden nun auch eine der beiden großen Hee-

in der Partei der Europäischen Linken ist.

Israel

Am 17.12.2017 gab es in Israel einen **landesweiten Generalstreik**, der das Land weitgehend lahmlegte. Grund war die Ankündigung des größten Betriebes im Land, des Pharmakonzerns Tewa, 14.000 Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. Es streikten 100.000. Streikende blockierten zentrale Straßen. 200 besetzten einen Tewa-Betrieb in Jerusalem und drohten ihn zu sprengen. Am 24.2. demonstrierten in Tel Aviv **20.000 Menschen gegen die geplante Abschiebung von 40.000 Geflüchteten** aus Eritrea und dem Sudan. Die Geflüchteten sollen nach Uganda und Ruanda abgeschoben werden. 700 Geflüchtete aus Eritrea befinden sich im Hungerstreik. Am 26.3.2018 fand eine weitere Demonstration mit 20.000 Teilnehmern statt. Der Druck der Proteste führte dazu, dass das oberste Gericht die Abschiebungen vorerst gestoppt hat.

Kasachstan

Besetzung von Kohlezechen durch Bergleute

Vom 11.12. 2017 bis zum 15.12. 2017 besetzten 700 Bergleute mit ihren Familien 8 Kohlezechen in Shakhtinsk. Sie forderten, ihren Lohn um 100 % auf 1.800 Euro zu erhöhen. Nachdem es dem Kapitalisten Arcelor nicht gelungen ist die Besetzung mit juristischen Mitteln zu beenden, sagte er eine Lohnerhöhung von 30 % zu. Darauf ließen sich die Bergleute ein und beendeten die Besetzung.

Kenia

151 Tage streikten Krankenpflegerinnen trotz Streikverbot

Im August 2018 traten 25.000 Krankenpflegerinnen in Kenia in einen unbefristeten Streik. Sie sind Beschäftigte der öffentlichen Krankenhäuser und ihre Forderung lautete, den 2013 geschlossenen Tarifvertrag umzusetzen. Seit Juni 2018 hatten die Krankenpflegerinnen keinen Lohn mehr erhalten. Anfang September wurde der Streik durch das Gericht verboten. Aber die Frauen ließen sich nicht einschüchtern und streikten weiter. Die Regierung drohte mit Massenentlassungen und versuchte neue Pflegerinnen einzustellen. Dies scheiterte jedoch daran, dass nicht genügend ausgebildetes Personal zur Verfügung stand.

Nach 151 Streiktagen lenkte die Regierung ein. Es wurde die Zusage gegeben, dass der Tarifvertrag eingehalten wird. Alle ausgesprochenen Kündigungen wurden zurückgenommen und der rückständige Lohn soll noch

im November bezahlt werden. Daraufhin beendeten die Krankenpflegerinnen den Streik.

Spanien

Bewohner eines Stadtviertels in Madrid kämpfen militant gegen die rassistische Polizei

Die spanische Polizei hetzte am 15.3.2018 den 35-jährigen Mame Mbaye aus Senegal bei einer Razzia zu Tode. Sie verfolgte den Mann zwei Kilometer auf Motorrädern durch die Madrider Innenstadt in den Stadtteil Lavapiés. Dabei starb Mame Mbaye an einem Herzinfarkt. Spontan versammelten sich die Bewohner des Stadtteils und demonstrierten. „Niemand ist illegal“ und „Polizei raus aus unseren Vierteln“ waren einige der Parolen. Als die Polizei ein Sonder-Einsatzkommando einsetzen wollte, begannen sich die Anwohner militant zu verteidigen. Sie errichteten Barrikaden und warfen mit Steinen und Flaschen auf die Polizei. In der Nacht brannten drei Banken aus und ein Maklerbüro.

USA

30.000 Lehrer und Lehrerinnen in West-Virginia streiken trotz Streikverbots

Nachdem zuvor schon bis zu einer Million Schülerinnen und Schüler gegen

die reaktionäre Waffenlobby landesweit demonstriert hatten traten am 28.2.2018 zunächst 15.000 Lehrerinnen und Lehrer in einen Streik. Sie fordern höhere Löhne und ein Ende des Anstiegs der Beiträge für die Krankenversicherung. In West-Virginia ist es allen Angestellten des öffentlichen Dienstes verboten zu streiken. Den Streikenden drohen Geld- oder Gefängnisstrafen und sie sind von Entlassungen bedroht.

Bis zum 2. März hatte sich der Streik auf 55 Schulbezirke ausgeweitet und umfasste 30.000 Streikende. Die zuständigen Gewerkschaften versuchten gemeinsam mit der Regierung von West-Virginia den Streik abzuwürgen. Die Streikenden bekamen eine Lohn-erhöhung von 5 % zugesagt. Aber die Vereinbarung wurde von den Streikenden abgelehnt. Sie zogen zum Regierungssitz und demonstrierten. Der Streik wurde bis zum 6. März fortgesetzt. An diesem Tag erhielten die Streikenden auch die Zusage, dass die Krankenversicherung nicht teurer werden würde.

Dieser Streik hatte Signalwirkung für andere Bundesstaaten der USA. Am 2.4.2018 traten Lehrerinnen und Lehrer in Oklahoma und Kentucky trotz des Streikverbots in den Streik. Sie fordern 10.000 Dollar mehr Einkommen pro Jahr.

Sie hatten seit 10 Jahren keine Entgelt-erhöhung mehr bekommen. Zunächst versuchte die zuständige Gewerkschaft den Streikbeginn hinauszuschieben. Am 3.4. demonstrierten 15.000 zum Regierungssitz in Oklahoma. In den vier größten Schulbezirken gingen die Lehrer und Lehrerinnen trotz Aufforderung der Gewerkschaft (!) auch am 4.4. nicht an ihre Arbeitsplätze zurück.

Tschad

90.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Tschad streiken seit 7 Wochen

Die Regierung hatte den Beschäftigten Prämien und Zulagen gestrichen. Das bedeutete einen Einkommensverlust von ca. 33 %. Die Beschäftigten haben bereits im Oktober 2017 einen Monat gestreikt, weil sie ihre Löhne nicht erhalten haben. Der Streik wurde von Lehrern, Krankenpflegern und Arbeitern und Studenten unterstützt. Die Anti-Aufstandspolizei nahm am 12.3.2018 100 Demonstrierende fest. Am 14.3.2018 lenkte die Regierung ein und sagte die Gehälter für den Februar auszuzahlen.

Informationen aus labournet.de

reseinheiten Tschechiens sowie eine rumänische Armeeinheit deutschen Divisionskommandos unterstellt. Entsprechend dem deutschen Konzept der Bundeswehr als „Ankerarmee für kleine NATO-Partner“ sollen Armee-Einheiten von Bulgarien, Estland, Lettland und Litauen folgen.⁽⁹⁾

Die Bundeswehr selbst hat inzwischen Kampftruppen nach Osteuropa verlegt und Ende Januar 2017 die Führung eines NATO-Bataillons in Litauen übernommen. Das Panzergrenadierbataillon 122 ist das erste in Osteuropa stationierte deutsche Kampfataillon seit dem Vernichtungskrieg der Nazi-Wehrmacht.⁽¹⁰⁾ Bezeichnend ist, dass ein Nato-Manöver

in Litauen, bei dem die Bundeswehr 2018 mit 12.000 Soldaten teilnehmen wird, den Namen „Eiserner Wolf“ trägt. „Eiserner Wolf“ war ein 1922 in Litauen gegründeter paramilitärischer faschistischer Kampfbund. Dessen Mitglieder verübten antipolnische und antijüdische Pogrome und beteiligten sich nach der Nazi-Okkupation an den Massakern der deutschen Nazi-Wehrmacht an der jüdischen Bevölkerung in Litauen.

Die Militarisierung erfasst die Bevölkerung buchstäblich von Kindesbeinen an und wird mit riesigen Kampagnen und Maßnahmen in allen Bereichen vorangetrieben – bis hin zu Lampion-Umzügen von KITAS durch die Kasernen.⁽¹¹⁾ Die Bundeswehr rekrutiert auch immer mehr Minderjährige. 2017 waren über 2.000 Soldaten unter 18 Jahren.⁽¹²⁾

Unsere Aufgaben sind klar, werden aber nicht leichter

Der lokale Widerstand muss verstärkt und zunehmend vernetzt werden. Es gilt die Zusammenarbeit der verschiedensten demokratischen und revolutionären Organisationen, insbesondere auch mit den kurdischen und türkischen Organisationen innerhalb und außerhalb Deutschlands auszubauen und zu intensivieren.

Der Weg, wie er in Hamburg gegen den G20-Gipfel in Zusammenarbeit mit Aktivistinnen und Aktivisten aus vielen Ländern gewählt wurde, muss konsequent weitergegangen werden – in untrennbarer Verbindung mit der nötigen ideologischen Debatte und Auseinandersetzung über die grundlegenden Erfordernisse des revolutionären, des proletarisch-internationalistischen Kampfes hier und weltweit.

Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf – Solidarität mit den Refugees

Gegen deutschen Nationalismus, Rassismus und Frauenfeindschaft

Gegen Muslimfeindschaft und Judenfeindschaft

Gegen die staatliche Faschisierung, die Nazi-Bewegung und ihre Helfer

Gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus – Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Gegen Ausbeutung und Antikommunismus

Und nicht vergessen: Vor allem die sozialistische Revolution systematisch vorbereiten und für den Kommunismus kämpfen

Quellen

(1)Merkel treibt Flüchtlingsabkommen voran, Stuttgarter Zeitung, 27.8.2017 (2)„UN prangern ‚Grauen‘ in libyschen Gefängnissen an“, Frankfurter Rundschau, 11.4.2018 (3) „Willkommen hinterm Stacheldraht“, Die Zeit 43/2017 (4) Die Zeit 10/2018 (5) Neues Deutschland, 22.3.2018 (6) Focus, 5.4.2018 (7) Handelsblatt 18.3.2018, Süddeutsche Zeitung, 22.3.2018 (8) FAZ 6.4. und 19.4.2017 (9) Bundeswehr-journal.de, Februar 2017 (10) Ein Jahr „verstärkte Vornepräsenz“ in Litauen, bmvg.de, 18.1.2018 (11) Kooperation mit Kindergärten – was will die Bundeswehr bei Kita-Kindern? Spiegel online 22.3.2018 (12) Der Spiegel, 9.1.2018